

SCHWEIZ

ETH-STUDIE

Energiewende kostet bis zu 600 Franken pro Kopf und Jahr

Zürich (energate) - Die Energiewende wird die Kosten des Energiesystems um 380 bis 600 Franken pro Kopf und Jahr erhöhen. Das steht in einem neuen White Paper, das die Expertengruppe Versorgungssicherheit des Energy Science Center der ETH Zürich veröffentlicht hat. Die Zahl steht in starkem Kontrast zu den Zahlen, welche die SVP im Zusammenhang mit der anstehenden Abstimmung vom 18. Juni über das "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit" ins Feld führt. Gemäss der Partei führt das Gesetz zu explodierenden Kosten - von heute 3.000 auf neu bis zu 9.600 Franken pro Kopf und Jahr.

In dem neuen White Paper ist ebenfalls zu lesen, dass sich eine vollständige Dekarbonisierung des Schweizer Energiesystems mit einer kontinuierlichen Versorgungssicherheit vereinbaren lässt. Basis dieses Befundes sind dabei laut einer Mitteilung der ETH mehrere voneinander unabhängige Energiesystemmodelle des ETH-Bereichs, mittels derer vier Energieszenarien einer möglichen Netto-Null-Zukunft untersucht worden seien. "Alle Szenarien kommen zum Schluss, dass eine sichere Energieversorgung mit netto null Emissionen bis 2050 sowohl technisch machbar als auch bezahlbar ist", so Gabriela Hug, ETH-Professorin für elektrische Energiesysteme. Hug ist Vorsteherin des Energy Science Center und Mitglied der letztes Jahr gebildeten Expertengruppe Versorgungssicherheit, die das aktuelle White Paper verfasst hat.

PV erzeugt 25 bis 30 TWh pro Jahr

Wichtigste Voraussetzung einer sicheren, bezahlbaren und klimaneutralen Energieversorgung ist laut der Expertengruppe zum einen die langfristige Integration der Schweiz in den europäischen Strommarkt. Zum anderen sei ein rascher Ausbau der Stromproduktion aus verschiedenen erneuerbaren Quellen im In- und Ausland erforderlich. Bezüglich Letzte-

INHALTSVERZEICHNIS

SCHWEIZ

Energiewende kostet bis zu 600 Franken pro Kopf und Jahr	1
Neuer Stromreferenzpreis und Änderung bei Stromkennzeichnung	2
Axpo gegen deutsches Strompreis-zonen-Splitting	2
Schweizer Städte geben Parolen für Energie-Vorlagen heraus	2
Abwärtstrend am Terminmarkt hält an	3

DEUTSCHLAND

Industrie fürchtet "Green Leakage"	3
Bundesregierung bringt Wasserstoff-Kernnetz auf den Weg	4
Uniper spürt wieder "Boden unter den Füßen"	5
Enapter stellt ersten AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse vor	5
AMG bereitet von Fortum recycelte Lithiumsalze auf	6
"Nach Fähigkeiten suchen und nicht nach Profilen"	6

rem halten die Experten fest, dass die Solarenergie künftig eine zentrale Rolle im Energiesystem einnehmen wird. Dies zeigten die Szenarien des Modellvergleichs übereinstimmend. "Die PV-Anlagen erzeugen dabei jährlich 25 bis 30 TWh, wobei den Ergebnissen zufolge der Grossteil aus Dachanlagen stammen dürfte", so die Forscher in ihrem White Paper.

Die Forscher weisen indessen auch daraufhin, dass nur 20 bis 30 Prozent des produzierten Stroms besagter Solaranlagen auf das Winterhalbjahr entfielen. Als weitere Option erwähnt das White Paper deshalb alpine Solaranlagen, deren Winterstromanteil bis zu 55 Prozent betragen kann. Unter alleiniger Berücksichtigung von Regionen in der Nähe von bestehender Infrastruktur wie Skigebieten und Staudämmen könnten derartige Anlagen in der Schweiz etwa fünf TWh pro Jahr, davon zwei bis drei TWh im Winter, erzeugen, heisst es.

Strombedarf steigt auf mindestens 80 bis 100 TWh

Die Netto-Null-Szenarien zeigen weiter, dass die Abhängigkeit der Schweiz von importierten erdölbasierten Produkten von derzeit jährlich 120 bis 130 TWh auf 20 bis 25 TWh, hauptsächlich in Form von Kerosin, sinken könnte. Den künftigen Strombedarf beziffern die Analysen auf mindestens 80 bis 100 TWh - gegenüber den rund 60 TWh von heute. /mg

REGULIERUNG

Neuer Stromreferenzpreis und Änderung bei Stromkennzeichnung

Bern (energate) - Der Bundesrat hat Änderungen von verschiedenen Verordnungen beschlossen, die mehrheitlich ab 1. Juli gelten. Sie betreffen unter anderem Wasserkraft- und PV-Anlagen, Wasserstoffleitungen und die Stromkennzeichnung. So sieht die Energieförderungsverordnung (EnFV) neu vor, dass für alle Stromproduktionsanlagen aus erneuerbaren Energien, die von einer Einspeisevergütung profitieren, der Referenz-Marktpreis volumengewichtet berechnet wird. Die Änderung begründet der Bundesrat damit, dass einige Wasserkraftanlagen noch immer finanzielle Einbussen bei der Einspeisevergütung verbuchten, weil sich bei ihnen im Herbst und Frühling Strompreise und Produktion häufig gegenläufig entwickelten. Zudem wird der Referenz-Marktpreis für PV-Anlagen wie bei den anderen geförderten Erneuerbaren-Anlagen künftig monatlich berechnet und nicht mehr wie bisher vierteljährlich.

Neu soll auch das Bewirtschaftungsentgelt für Anlagenbetreiber nicht mehr fix festgelegt, sondern variabel ausgestaltet werden, heisst es in der revidierten EnFV. Die aktuelle Berechnungsmethode decke die gestiegenen Ausgleichsenergiekosten nicht ab, so die Begründung des Bundesrats. Die Anpassung gilt rückwirkend auf den 1. April 2023. Weiter können Betreiber sanierungspflichtiger Wasserkraftanlagen mit einer Leistung von unter 300 kW einen Investitionsbeitrag für erhebliche Erneuerungen oder Erweiterungen beantragen. Das Bundesamt für Energie geht davon aus, dass bis 2030 rund 50 bis 100 Anlagen die Förderkriterien erfüllen und somit Anspruch auf einen Investitionsbeitrag haben.

Bund neu allein für Wasserstoffleitungen zuständig

Weiter ist es künftig nicht mehr möglich, für die Kennzeichnung des Stromverbrauchs im Winter Herkunftsnachweise aus der Sommerproduktion zu verwenden. Ab 2027 darf man für den in einem Kalenderquartal gelieferten Strom nur noch Herkunftsnachweise verwenden, die im gleichen Quartal für die Stromproduktion ausgestellt wurden. Die revidierte "Verordnung des UVEK über den Herkunftsnachweis und die Stromkennzeichnung" führt eine entsprechende quartalsscharfe Stromkennzeichnung ein. Aktuell erfolgt die Stromkennzeichnung auf Jahresbasis.

Auch in Sachen Wasserstoff gibt es Neuerungen. Künftig ist ausschliesslich der Bund für Wasserstoffleitungen zuständig, die einen Druck von mehr als fünf bar und einem Aussendurchmesser grösser als sechs Zentimeter aufweisen. Der Geltungsbereich der Rohrleitungsverordnung wird entsprechend erweitert. In der Rohrleitungssicherheitsverordnung ist zudem neu die Richtlinie des Eidgenössischen Rohrleitungsinspektorat für Planung, Bau und Betrieb von Rohrleitungsanlagen über

fünf bar sowie die Richtlinie C3 zum Schutz gegen Korrosion durch Streuströme von Gleichstromanlagen verankert. /mj

STROMPREISE

Axpo gegen deutsches Strompreiszonen-Splitting

Essen (energate) - Die Trennung Deutschlands in zwei oder mehr Strompreiszonen wird nicht nur innerhalb Deutschlands kritisch gesehen. Deutschland sei der größte Hedging-Markt in Europa, gab Andy Sommer, Team Leader Fundamental Analysis and Modelling beim Schweizer Unternehmen Axpo, im Gespräch mit energate auf der E-World zu bedenken. Denn in anderen Ländern könne man nur selten so langfristige Verträge abschließen wie auf dem deutschen Markt. Eine Trennung der Strompreiszone fordere eine entsprechende Neubewertung der Hedging-Verträge. Diese würden dadurch zumindest zeitweise auf "wackligen Beinen" stehen. Der Markt wäre entsprechend verunsichert.

Einheitliche Netznutzungsentgelte als favorisierte Lösung

Auch Johannes Pretel, Managing Director von Axpo Deutschland, sieht ein Preiszonensplitting kritisch. Die Liquidität in Österreich sei nach der damaligen Trennung vom deutschen Markt gesunken, sagte er. Dies könnte sich auch in Deutschland wiederholen. Zudem sanken durch die Trennung die Anreize, erneuerbare Anlagen in Norddeutschland zu errichten. Pretel präferiert eine "elegantere Lösung", etwa gleiche Netznutzungsentgelte für ganz Deutschland oder ein anderes Umlagesystem.

Den Vorschlag zur Aufteilung der einheitlichen Preiszone treiben norddeutsche Bundesländer voran, vorweg Schleswig-Holstein. In der Folge könnte sich der Strom in Nord- und Ostdeutschland verbilligen, da hier viele Windkraftanlagen stehen. Im Süden dürfte hingegen der Strom teurer werden, wogegen sich Länder wie Bayern verwehren./sd

ENERGIEPOLITIK

Schweizer Städte geben Parolen für Energie-Vorlagen heraus

Bern (energate) - Der Städteverband ruft die eidgenössischen Räte dazu auf, in der Sommersession den Mantelerlass und das Windenergie-Beschleunigungsgesetz anzupassen. So drängt er den Ständerat, die Biodiversität zu schützen und die Mitsprachemöglichkeit der Gemeinden sicherzustellen, wenn die kleine Kammer Anfang Juni das Mantelerlass genannte "Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien" verhandelt. "Im Hinblick auf die Bekämpfung der Klimakrise sind gewisse landschaftliche Veränderungen vertretbar", schreibt der Verband dazu. Er lehne aber den Bau von Produktionsanlagen in Biotopen von nationaler Bedeutung sowie die Sistierung der

Restwasservorschriften für bestehende Wasserkraftwerke ab. Auch sei er zwar für eine Vereinfachung und Beschleunigung der Planungs- und Bewilligungsverfahren für grosse Erneuerbaren-Anlagen. Die Standortgemeinden müssten jedoch frühzeitig einbezogen werden. "Eine Mitsprachemöglichkeit muss garantiert werden, auch um die lokale Akzeptanz sicherzustellen", heisst es im Positionspapier des Städteverbands.

Ähnlich ist die Argumentation hinsichtlich des "Dringlichen Gesetzes zur Beschleunigung von fortgeschrittenen Windparkprojekten", das im Juni sowohl im Stände- als auch im Nationalrat Thema sein wird. Hier müsse das Parlament ebenfalls garantieren, dass die Standortgemeinden eingebunden werden, um die lokale Akzeptanz der Projekte sicherzustellen. Schliesslich empfiehlt der Städteverband dem Nationalrat, die von der nationalrätlichen Energiekommission (Urek-N) eingereichte Motion "Wechsel auf moderne Heizsysteme vereinfachen" anzupassen. Die Motion will den Wechsel auf klimafreundliche Heizungsanlagen durch eine Anpassung der Lärmschutzverordnung vereinfachen. Die grosse Kammer solle die Vorlage mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen und vom Ständerat angenommenen Änderungen verabschieden, so der Städteverband./mj

ELCOM-MARKTBERICHT

Abwärtstrend am Terminmarkt hält an

Bern (energate) - Die Preise am Terminmarkt sind in der vergangenen Woche entlang der ganzen Kurve gesunken. Das geht aus dem wöchentlichen Marktbericht der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (Elcom) hervor. In der Schweiz gab der Preis des Frontquartals Q3 mit minus 4,47 Prozent auf 97,21 Euro/MWh am stärksten nach. Der Frontmonat Juni verbilligte sich um 3,91 Prozent auf 88,40 Euro/MWh. Das Cal-24-Base-Produkt kostete 167,00 Euro/MWh. Gegenüber der Vorwoche entspricht dies einem Minus von 2,64 Prozent.

Ebenfalls günstiger geworden sind Stromlieferungen in Frankreich. "Das französische Cal 2024 ist im Wochenvergleich um 10 Prozent auf 178 Euro/MWh gesunken", berichtet die Elcom - und sie schiebt nach, dass die französischen Preise für den Winter 2023/2024 auch gesunken sind. Den Rückgang der französischen Preise führt die Elcom dabei auf eine Ankündigung des französischen Energieversorgers EDF zurück. Dieser hat demnach verkürzte Revisionszeiten bei sechs Reaktoren in Aussicht gestellt. Zudem würden einige Kraftwerke im Winter früher als geplant wieder in Betrieb genommen.

Asiatische LNG-Spotpreise im Tief

Weiteren Angaben nach verbilligte sich Gas (Cal 24 Base, DE) um 0,87 Prozent auf 52,22 Euro/MWh. Die Entspannung der Gaspreise begründete die Elcom mit "gesunden Speichereinspeisungen und hohe europäische Gasspeicherbeständen". Die Elcom verweist zudem darauf, dass die asiatischen

Spotpreise (LNG) auf den niedrigsten Stand seit zwei Jahren gefallen seien. In der Folge habe auch der geringe Wettbewerb von der asiatischen Drehscheibe zu den rückläufigen Bewegungen der LNG- und Gaspreise beigetragen./mg

DEUTSCHLAND

ENERGATE-FORUM: ENERGY MEETS INDUSTRY

Industrie fürchtet "Green Leakage"

Essen (energate) - Die Industrie ächzt angesichts der bevorstehenden Mammutaufgabe: Die energieintensiven Unternehmen müssen ihre eigene Transformation in Richtung Klimaneutralität vorantreiben, dabei sind die Folge der Energiekrise längst noch nicht überwunden. Wettbewerbsfähige Preise sind nicht in Sicht. Die im Vergleich zum Ausland hohen Energiepreise gefährden Neuinvestitionen der hiesigen Industrie, warnten Industrievertreter beim energate-Forum "Energy Meets Industry" auf der Essener Energiefachmesse E-World. Christian Seyfert, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Industriellen Energie (VIK), sprach in dem Kontext von "Green Leakage". Er nehme bereits geringere Investitionen in Deutschland war.

Seyfert verwies zudem darauf, dass deutsche und europäische Unternehmen in den vergangenen Monaten hohe Investitionen in neue Standorte und Fertigungen in den USA und Nordasien angekündigt hätten. Auch wenn solche Investitionsentscheidungen nicht von heute auf morgen getroffen werden, bestehe Anlass zur Sorge vor einer Deindustrialisierung. "Während wir in Deutschland fossile Energieträger verteuern, machen die USA grüne Technologien günstiger", erklärte er in Bezug auf den US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA).

Industriestrompreis umstritten

Der VIK befürwortet einen Industriestrompreis für die energieintensive Industrie, wie ihn Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vorgeschlagen hatte. Die in Aussicht gestellten 6 Cent/kWh gehen laut Seyfert in die richtige Richtung, reichen jedoch nicht aus. Mit den weiteren Steuern und Abgaben seien die Strompreise immer noch teurer als in vielen anderen Ländern. Auch Ron Brintzer, Geschäftsführer der Brancheninitiative Kunststoffland NRW sagte, dass Deutschland nicht um einen "Brückenstrompreis" umhinkomme. Die günstigen Grenzkosten der erneuerbaren Energien kämen nicht bei der Industrie an. Auf Dauer jedoch, räumte er ein, könne sich Deutschland keine Subventionswirtschaft leisten. Andere Stimmen, wie der Verband der Energieabnehmer (VEA), sehen den Industriestrompreis deutlich kritischer. Allein mit Subventionen bauen sich Fertigungen noch nicht klimaneutral um. Stattdessen brauche es Förderungen, die in Zusammenhang mit einer Dekarbonisierung stünden, forderte Volker Stuke, Geschäftsführer des VEA.

Energiekrise im März 2024 vorüber

Klar ist: Energie wird für die Industrie über bisher verbreitete Beschaffungswege noch für längere Zeit kostspielig. "Vollversorgungsverträge bleiben ein teures Produkt", sagte Stefan Küster, Co-Geschäftsführer der Beratung Enerchase. Die Volatilität an den Spotmärkten habe sich nicht gänzlich beruhigt, die Energieversorger würden weiterhin ein großes Risiko für ihre Industriekunden übernehmen. Stattdessen müssen diese Kunden nun selbst mehr Risiken tragen, das sei kostengünstiger - wenn auch herausfordernder in der Beschaffung.

Das Ende der Energiekrise, die die Branche seit dem Herbst 2021 beschäftigt, ist aus Sicht von Enerchase inzwischen in Sicht. Im Frühjahr 2024 werde sie endgültig vorüber sein, kündigte Enerchase-Geschäftsführer Dennis Warschewitz an. Dann gebe es genügend LNG-Terminals, die für eine hohe Verfügbarkeit von Erdgas sorgten. In diesem Winter reiche die Infrastruktur der Flüssiggasterminals noch nicht aus und damit bestehe weiterhin das Risiko einer Gasknappheit bei einem kalten Winter. Das zeige sich im Handel in den sogenannten Sommer-Winter-Spreads. Die Differenz zwischen dem dritten Quartal 2023 und dem ersten Quartal 2024 belaufe sich aktuell auf 20 Euro/MWh. Für den darauffolgenden Winter schmelze der Spread auf wenige Euro. Auch der Handel rechnet also nicht mehr mit einer Gasknappheit.

Für Dekarbonisierung braucht es neue Anlagen

Parallel hat die Energiekrise auch dazu geführt, dass sich Großverbraucher viel stärker mit der Beschaffung von Strom und Gas beschäftigten - wenn auch aus unerfreulichen Gründen. Dies galt auch für solche Unternehmen, die nicht unbedingt zu den typischen Großverbrauchern zählen. In der Textilwirtschaft lagen in der Hochphase der Preiskrise, August und

September des vergangenen Jahres, "die Nerven blank", sagte Michael Engelhardt, Leiter Energiepolitik beim Verband der deutschen Textil- und Modeindustrie. Die Preisbremsen hätten aber für spürbare Entlastungen gesorgt. In die Zukunft gerichtet fordert er insbesondere einen verbesserten Zugang zu grünem Strom. Dann würden die Unternehmen ihre Prozesse auch von Erdgas auf Strom umstellen. Mit den bestehen Prozessen sei jedoch das Potenzial für mehr Nachhaltigkeit begrenzt, ebenso die Potenziale der Energieeffizienz. "Irgendwann ist die Zitrone ausgequetscht", beschrieb es Engelhardt. /kj

GESETZENTWURF

Bundesregierung bringt Wasserstoff-Kernnetz auf den Weg

Berlin (energate) - Das Bundeskabinett hat mit der aktuellen Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) Regelungen für ein zukünftiges Wasserstoff-Kernnetz in Deutschland beschlossen. Auch die Kompetenzen zwischen Gesetzgeber und Bundesnetzagentur (BNetzA) werden mit dem Kabinettsbeschluss nun neu geregelt.

Das Kernnetz wird in der ersten Stufe wichtige Wasserstoff-Infrastrukturen umfassen, die bis 2032 in Betrieb gehen sollen, teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit. Die Betreiber von Ferngasnetzen sollen das Wasserstoff-Kernnetz in den kommenden Monaten modellieren. Zentrale Wasserstoff-Standorte sollen angebunden und alle Regionen Deutschlands dabei berücksichtigt werden. Für die zeitnahe erstmalige Genehmigung des Kernnetzes ist die BNetzA zuständig. Sie genehmigt auch die endgültige Ausgestaltung. Vorgesehen ist im Prozess eine breite Konsultation der Öffentlichkeit, der Länder und verschiedener Marktteilnehmer.





VERTEILNETZ FORUM

20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

PARTNER





Bis Ende des Jahres will die Bundesregierung in einer zweiten Stufe eine umfassende Wasserstoff-Netzentwicklungsplanung im EnWG verankern. Diese soll sich an den bestehenden Netzentwicklungsprozessen orientieren und sich auch mit dem Wasserstoffbedarf relevanter Abnehmer, wie energieintensive Unternehmen, auseinandersetzen.

Efet Deutschland vermisst Details

Der Verband Deutscher Gas- und Stromhändler, Efet Deutschland, begrüßt das Thema H2-Kernnetz in der EnWG-Novelle. Allerdings seien faktisch alle benötigten Standards und Marktprozesse unklar, teilte der Verband auf einer Pressekonzferenz auf der Messe E-World in Essen mit. Zu klärende Aspekte seien demnach unter anderem technische Mindeststandards, Marktzugangsregeln, Transparenz und Auskunftspflichten von H2-Netzbetreibern.

Der Energieverband BDEW hält es grundsätzlich für sinnvoll, mit einem Wasserstoff-Kernnetz auf Ebene der Fernleitungen zu starten. "Zudem bedarf es aber einer zügigen Ausgestaltung und Implementierung rechtlicher Rahmenbedingungen zur Finanzierung und zur Risikoabsicherung des Wasserstoff-Kernnetzes", sagte Kerstin Andreae, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung.

Mehr Unabhängigkeit für Bundesnetzagentur

Mit seinem Beschluss zur EnWG-Novelle hat das Bundeskabinett darüber hinaus grundsätzliche Weichen für die künftige Regulierung der Strom- und Gasnetze gestellt. Auslöser war das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 2. September 2021 zur Aufteilung der Kompetenzen zwischen Gesetzgeber und Regulierungsbehörde. Die BNetzA wird künftig unabhängiger von staatlichen Vorgaben sein.

"Das Ziel ist klar: Die Netzbetreiber ertüchtigen die Netze, um sicher und verlässlich Strom und Gas aus erneuerbaren Quellen zum Kunden zu bringen", sagte Andreae. Aufgabe der Bundesnetzagentur müsse es sein, einen regulatorischen Rahmen zu setzen, damit die Netzbetreiber diese Anforderungen wirtschaftlich umzusetzen könnten./ck

NACH MILLIARDENVERLUSTEN

Uniper spürt wieder "Boden unter den Füßen"

Düsseldorf (energate) - Der Energiekonzern Uniper zieht einen Schlussstrich unter die durch die Gaslieferkürzungen aus Russland ausgelöste Unternehmenskrise. Es seien keine weiteren finanziellen Verluste aus der Ersatzbeschaffung von Gasmengen zu erwarten, kündigte das Management im Vorfeld der Hauptversammlung an. Die Gaslieferverpflichtungen an Stadtwerke- und Industriekunden für das laufende sowie das kommende Jahr seien nahezu vollständig durch Termin-

geschäfte abgesichert. Weitere Eigenkapitalerhöhungen durch den Bund, der im Zuge der Energiekrise den größten deutschen Gasimporteur übernommen hatte, seien nicht mehr erforderlich.

Da das Unternehmen zugleich die erwartbaren Verluste aus der Ersatzbeschaffung bereits im vergangenen Geschäftsjahr bilanziert hat, steht Uniper vor einer Rückkehr in die schwarzen Zahlen. Aufgrund der deutlich gesunkenen Gaspreise erwartet die Konzernführung nun Gewinne vor Steuern von mehr als 2 Mrd. Euro aus den Absicherungsgeschäften, hieß es aus Düsseldorf. Die Verwendung dieser Gewinne werde mit dem Bund im Einklang mit den Vorgaben der EU-Beihilfegenehmigung abgestimmt.

Strategie-Update im Sommer

"Uniper hat konsequent seine Hausaufgaben gemacht und die Risiken aus den weggefallenen russischen Gasmengen schnell und umfassend reduziert", erklärte Finanzvorständin Jutta Dönges. Nun habe das Unternehmen "wieder festen Boden unter den Füßen". Trotzdem bleibe der Vorstand vorsichtig. Nach den Milliardenverlusten im vergangenen Geschäftsjahr geht Uniper für 2023 wieder von einem positiven bereinigten Ebit und einem positiven bereinigten Jahresüberschuss aus. Im Rahmen der Hauptversammlung kündigte das Unternehmen einen "Strategie-Update" für den Sommer an. Versorgungssicherheit und Dekarbonisierung sollen dabei die Leitplanken bilden, hieß es aus Düsseldorf./rb

ENTWICKLUNG

Enapter stellt ersten AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse vor

Saerbeck (energate) - Der Hersteller Enapter hat einen neuartigen AEM-Elektrolyseur der Megawattklasse offiziell vorgestellt. Die Anlage setzt sich aus 420 Kernmodulen - sogenannten AEM-Stacks - zusammen und soll pro Tag rund 450 kg grünen Wasserstoff produzieren. "Durch die Skalierung vieler kleiner Einheiten zu einer großen Anlage kann Enapter die Kosten für grünen Wasserstoff erheblich senken", gibt sich das Unternehmen optimistisch. Aktuell lägen bereits Bestellungen aus Europa, Asien sowie Nordamerika vor. Noch in diesem Jahr sind die ersten Piloten geplant, die Vorserienreife ist ab 2024 anvisiert.

Auf dem über 80.000 Quadratmeter großen Enapter Campus in Nordrhein-Westfalen entstehen Einrichtungen für Produktion, Forschung und Entwicklung sowie Verwaltung. Die Energieversorgung, inklusive aller zukünftigen Produktionsanlagen, wird vollständig mit erneuerbarer Energie gedeckt. Dafür baut Enapter Photovoltaikanlagen auf dem Gelände auf, zum anderen bezieht es Ökostrom aus Solar-, Wind- und Biomasseanlagen aus dem nahegelegenen Bioenergiepark Saerbeck. Ziel ist ein netzunabhängige, vollständige Energieautarkie der Fertigung./mt

BATTERIERECYCLING

AMG bereitet von Fortum recycelte Lithiumsalze auf

Helsinki/Düsseldorf (energate) - Der niederländische Materiallieferant AMG bereitet von Fortum in Finnland recycelte Lithiumsalze zu Lithiumhydroxid in Batteriequalität auf. Eine entsprechende Absichtserklärung einschließlich Vorvertrag haben die beiden deutschen Töchter AMG Lithium und Fortum Battery Recycling unterzeichnet, teilte Fortum mit. AMG baut für diesen Zweck eine Lithiumhydroxid-Produktionsanlage in Deutschland auf. Als Standort wählten die Niederländer Bitterfeld in Sachsen-Anhalt.

Lithiumsalze aus Harjavalta für Aufbereitung in Bitterfeld

Dieses Werk werde die durch die hydrometallurgische Recyclinganlage im finnischen Harjavalta bereitgestellten Lithiumsalze weiterverarbeiten. Fortum hat in Harjavalta vor einem Monat die nach eigenen Angaben erste kommerzielle und in Sachen Recyclingkapazität größte hydrometallurgische Batterierecyclinganlage Europas in Betrieb genommen. Sie soll bis 2027 eine Kapazität von 30.000 Tonnen erzielen, sagte Frank Stumpf, Operations Director bei Fortum Batterie Recycling, gegenüber energate.

Effizienz, Nachhaltigkeit und Unabhängigkeit

Tero Holländer, Head of Business Line Batteries bei Fortum Batterie Recycling, begrüßte ausdrücklich die Zusammenarbeit mit AMG und sieht darin einen "Beleg für die Bedeutung" der neuen Recyclinganlage in Harjavalta für die europäische Batterierecyclingindustrie. Der Bedarf an recycelten Batteriematerialien wachse und damit auch die Nachfrage nach "effizienten und ebenso nachhaltigen Lösungen", fügte er hinzu. Dank der Zusammenarbeit könne Fortum als erstes Unternehmen eine "echte Kreislauflösung für die Automobil- und Batterieindustrie anbieten". Beide Partner wollen mit der Kooperation die europäische Batterierecyclingkette optimieren und dekarbonisieren sowie für eine größere Unabhängigkeit von außereuropäischen Rohstoffimporten sorgen./ne

INTERVIEW MIT COLETTE RÜCKERT-HENNEN, ENBW

"Nach Fähigkeiten suchen und nicht nach Profilen"

Karlsruhe (energate) - Fachkräfte fehlen überall. Der Energiekonzern EnBW wirbt für seine Büroarbeitsplätze mit mehr Mitsprache, flexiblen Arbeitsorten und vielen Möglichkeiten zur Weiterbildung. energate sprach mit Personal- und Vertriebsvorständin Colette Rückert-Hennen über die "Menschen-zentrierte Transformation". Denn: So wie sich die Branche wandelt, müssen sich auch die Strukturen in den Unternehmen ändern.

energate: Frau Rückert-Hennen, was für eine Chefin sind Sie?

Rückert-Hennen: Ich bin eine Teamplayerin und gebe gerne Verantwortung ab. Ermöglichen und Coachen gehört zu meinen Stärken, aber mir ist auch wichtig, dass hier Leistung gezeigt wird. Ich umgebe mich gerne mit analytischen und hoch qualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die mich mal challengen. Denn ich weiß auch nicht alles. Dabei kann ich von jungen Menschen genauso viel lernen wie von Älteren.

energate: Apropos junge Menschen: Gen Z wurde in der Öffentlichkeit teilweise als unmotiviert und faul beschrieben. Wie erklärten Sie sich dieses Bild?

Rückert-Hennen: Ich habe sehr große Sympathien für diese Generation. In meinem Freundeskreis heißt es auch, dass Gen Z fürchterlich ist, weil sie nicht so viele Überstunden machen wollen und andere Bedarfe haben - sie wollen Beruf und Familie vereinbaren und am Wochenende mit ihren Familien auf den Spielplatz gehen. Ich aber finde es toll, dass die sich etwas trauen, was wir uns nicht getraut haben: Leistung zu bringen, aber zum Beispiel nur für 30 Stunden in der Woche und den Rest der Zeit Kunst und Kultur zu fördern, ein Start-up zu gründen oder einem anderen Hobby nachzugehen. Meine Generation konnte sich das nicht erlauben. Jetzt müssen wir aufhören, über eine Generation zu schimpfen und endlich Konzepte erarbeiten, wie wir die Skills dieser jungen Leute nutzen.

energate: Mit dem Fachkräftemangel wird das Thema Personal wichtiger. Ist das etwas Neues für die Energiebranche?

Rückert-Hennen: Ja, definitiv. Als die EnBW sich 2012 dazu entschied, in neue Geschäftsfelder zu gehen, musste sie sich gleichzeitig für neue Strukturen entscheiden. Als strategischer Infrastrukturpartner für den Kunden kamen Kundenorientierung und eine Geschwindigkeit hinzu, die es zuvor in diesem Ausmaß nicht brauchte. Deswegen haben wir parallel eine Menschenzentrierte Transformation begonnen. In Teilen arbeiten wir bereits agil und damit ganz anders als noch vor einigen Jahren.

energate: Entstehen dadurch Konflikte in der Unternehmenskultur?

Rückert-Hennen: Wir werden immer ein Unternehmen sein, in dem es stabile Unternehmensstrukturen gibt. Als voll integrierter Energieversorger gibt es für uns kein "one size fits all". Die Netze oder die Kohlekraftwerke arbeiten prozessorientiert, wodurch sich stabile Strukturen besser eignen, während der Vertrieb mit seiner engen Bindung an den Kunden anders arbeiten muss. Wenn man offen mit der Neuordnung umgeht und jeder sich darin wiederfindet, dann gibt es keinen Culture Clash.

energate: Bis 2025 müssen Sie fast 8.000 neue Stellen besetzen. Gehen Sie im Recruiting-Prozess ebenfalls unterschiedlich vor?

Rückert-Hennen: Nein, noch ist der Prozess der gleiche. Aktuell unterscheiden sich nur die Stellenausschreibungen. Für agile Business-Bereiche suchen wir etwa nach Product Ownern oder Cluster Leads. So würden wir keine Führungskraft in Teilen der Netzsparte ausschreiben. In Zukunft werden wir jedoch anders rekrutieren, dafür brauchen wir noch Zeit. Der Trend geht dahin, nach Fähigkeiten zu suchen und nicht nach Profilen. Ein Datenmanager kann aus der IT kommen, muss er aber nicht. In den agilen Strukturen gibt es dafür eine größere Offenheit. Die jungen Menschen haben heute sehr vielfältige Ausbildungsmöglichkeiten, daran müssen wir unser Recruiting anpassen.

energate: Wie stellt die EnBW das Recruiting auf die Suche nach Fähigkeiten um?

Rückert-Hennen: Wenn es eine freie Stelle gibt, dann überlegen wir, welche Fähigkeiten dafür gebraucht werden. Ein ausgezeichneter Lebenslauf mit einer bestimmten Berufserfahrung und einem Master werden damit weniger wichtig. Potenzial wird wichtiger als die Ausbildung. Jemanden, der konstantes Lernen als Kernskill hat, können wir flexibel überall im Unternehmen einsetzen. Das ist auch eine Antwort auf den Fachkräftemangel. In Deutschland sind wir da noch sehr starr. In den USA oder in Großbritannien wird das schon gelebt. Wir müssen uns hier von unserer unbewussten Voreingenommenheit lösen. Denn das diskriminiert zum Beispiel auch Frauen. Mit Erziehungszeiten kommen Frauen nicht auf die Erfahrungszeiten in Leitungspositionen, die es manchmal laut einer Stellenausschreibung braucht.

energate: Um Fachkräfte einzustellen, müssen Unternehmen attraktive Angebote machen. Vorschläge wie eine Vier-Tage-Woche werden derzeit auch politisch diskutiert. Sollte so ein Thema von der Politik gesetzt werden, oder gehen Unternehmen dies von allein und dann vielleicht sogar besser an?

Rückert-Hennen: Die Unternehmen müssen das selbst nach ihrem eigenen Bedarf machen. Bei uns wollen 75 Prozent derjenigen, die im Homeoffice arbeiten können, mindestens drei Tage die Woche von zu Hause aus arbeiten. Je nach Bereich unterscheiden sich die Bedürfnisse. Die Teams entscheiden gemeinsam, wie sie arbeiten wollen. Das legt nicht der Einzelne und nicht die Führungskraft fest. In der Regel haben die meisten Teams ein oder zwei gemeinsame Arbeitstage, die dann auch für den Diskurs genutzt werden. Heute wird viel aktiver und fokussierter in dafür festgelegten Zeiten miteinander geredet und gearbeitet als früher.

energate: Ist die Frage nach Homeoffice und Remote-Arbeit aktuell das Kernthema für die EnBW bei der Zufriedenheit der Mitarbeitenden?

Rückert-Hennen: Ja, das wissen wir aus den Umfragen, die wir intern gemacht haben. Wir führen mittlerweile für Homeof-

fice-fähige Stellen kein einziges Recruiting-Interview mehr, ohne dass wir nach Remote-Work und Workation gefragt werden.

energate: Generell geht die Tendenz dahin, dass Hierarchien wegfallen. In der Praxis haben viele Unternehmen Schwierigkeiten damit, das Vakuum zu füllen. Was ist dabei die Herausforderung?

Rückert-Hennen: Es gibt Führungskräfte, die sich in hierarchischen Strukturen wohlfühlen, weil sie das so gelernt haben und so bisher erfolgreich waren. In agilen Strukturen sieht das anders aus, hierfür müssen auch die neuen Führungskräfte enabled werden. Mit ihrer Verantwortung wollen sie nicht das Gefühl haben, die Kontrolle zu verlieren. Natürlich fragen insgesamt Führungskräfte nach, wie sie sich weiterentwickeln können. Dafür bieten wir permanent neue Tools und Programme, die ihnen zum Beispiel beibringen, was hybride Führung bedeutet. Und genauso müssen wir unsere Mitarbeitenden dazu enablen, selbstverantwortlich zu arbeiten.

energate: Ist das Enablen von Führungskräften bei der EnBW etwas Einmaliges oder etwas Kontinuierliches - wie viel Raum nimmt die Weiterbildung ein?

Rückert-Hennen: Vor knapp drei Jahren haben wir ein Kompetenzbild von Führungskräften entwickelt. Dieses sind wir einmalig mit allen Top- und oberen Managern durchgegangen. Seitdem haben wir das Konzept weiterentwickelt und werden es auch künftig weiterentwickeln. Wir haben mit hybridem Arbeiten begonnen, jetzt thematisieren wir zum Beispiel den Umgang mit Mitarbeitenden, die Schwierigkeiten haben, im Homeoffice Abstand zu gewinnen oder wie ich über den Bildschirm erkenne, ob es jemandem gut geht. Wir haben zudem eine digitale Plattform mit Fähigkeiten entwickelt, auf denen sich Menschen gezielt weiterbilden können. Die steht allen Mitarbeitenden und Führungskräften zur Verfügung.

energate: Lassen Sie uns beim Beispiel "Wertschätzung" weiter in die Tiefe gehen. Wie kann Wertschätzung von oben in die Unternehmenskultur integriert werden?

Rückert-Hennen: Wertschätzung ist nichts anderes als Feedback geben und das sollte konstant erfolgen. Da sind wir noch nicht so weit, wie wir es gerne wären. In Deutschland ist es in der Regel so, dass man einmal im Jahr Feedback bekommt. Die Zukunft wäre, dass man nicht einmal im Jahr auf ein Gespräch mit der Führungskraft wartet, sondern dass kontinuierlich Gespräche über die Arbeit geführt werden, als Lob oder dass man sich mit der Arbeit beschäftigt. Ein Lob ersetzt natürlich keine Gehaltserhöhung, aber es ist wichtig, mit den Beschäftigten in den Diskurs zu gehen. Ich habe mich immer wahnsinnig darüber gefreut, wenn jemand meine Arbeit gesehen hat.

Die Fragen stellte Katharina Johannsen.